



Stadt Schriesheim

# Beschlussvorlage für die Sitzung des Gemeinderates - öffentlich -

am 24. Juni 2020

TOP 004

Amt/Sachbearbeiter Kämmerei / Arras	AZ.: -	VL-94/2020
<b>Betreff:</b>  Vermietung städtischer Einrichtungen hier: Antrag der SPD auf Ergänzung der Mietverträge um den Paragraphen "Ausschluss des Angriffs auf die Menschenwürde"		
<b><u>BESCHLUSSANTRAG:</u></b>  Der Gemeinderat möge den dem Antrag der SPD zustimmen.		
Beteiligte Ämter	Beteiligung Jugendgemeinderat	
	erforderlich	
	nicht erforderlich	
Kosten in €	Vorgesehen im	Haushaltsstelle
	Verwaltungshaushalt/Erfolgsplan	
	Vermögenshaushalt/Vermögensplan	
		Deckungsvorschlag
Mittel stehen nicht zur Verfügung		
Mittel stehen bis € zur Verfügung		



Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die Verwendung geschlechterspezifischer Sprachformen verzichtet. Bei allen personenbezogenen Bezeichnungen meint die gewählte Formulierung sämtliche Geschlechteridentitäten.

### SACHVERHALT:

Mit Schreiben vom 11.02.2020 stellt die SPD Fraktion im Schriesheimer Gemeinderat den Antrag, die Bedingungen zur Anmietung der städtischen Einrichtungen zu ergänzen.

Der Antrag lautet wie folgt:

Die Schriesheimer Stadtgesellschaft lebt Vielfaltigkeit, Offenheit und Toleranz. Dabei ist uns die Meinungsfreiheit ein besonders hohes Gut. Sie findet jedoch dort ihre Grenzen, wo sie rassistisch, antisemitisch, extremistisch oder antidemokratisch missbraucht wird und somit andere in ihrer Menschenwürde verletzt. In unserer wehrhaften Demokratie gilt es, Angriffe auf unsere demokratischen Grundwerte zu unterbinden – ihnen keinen Raum lassen. Deshalb sollen alle Mietverträge für städtische Einrichtungen um den folgenden Paragraphen "Ausschluss des Angriffs auf die Menschenwürde" ergänzt werden:

#### *Ausschluss des Angriffs auf die Menschenwürde*

(1) *Der Mieter erklärt durch Ankreuzen, dass die Veranstaltung folgenden Charakter hat:*

- Parteilpolitische Veranstaltung*     *Überparteiliche, politische Veranstaltung*  
 *Kulturelle Veranstaltung*     *Party*  
 *Privater Charakter*     *Kommerzielle Veranstaltung*

(2) *Der Mieter ist nicht berechtigt, die Mieträume zur Durchführung von Veranstaltungen zu nutzen, auf denen verfassungs- oder gesetzeswidriges Gedankengut dargestellt und/oder verbreitet wird, sei es vom Mieter selbst oder von Besucherinnen und Besuchern der Veranstaltung.*

(3) *Der Mieter bekennt mit der Unterschrift, dass die Veranstaltung keine rassistischen, antisemitischen, extremistischen oder antidemokratischen Inhalte haben wird. Das heißt, dass insbesondere weder in Wort noch in Schrift die Freiheit und Würde des Menschen verächtlich gemacht noch Symbole, die im Geist verfassungsfeindlicher oder verfassungswidriger Organisationen stehen oder diese repräsentieren, verwendet oder verbreitet werden dürfen.*

(4) *Sollte durch Teilnehmende der Veranstaltung gegen vorgenannte Bestimmungen verstoßen werden, hat der Mieter für die Unterbindung der Handlung Sorge zu tragen, ggf. unter Anwendung des Hausrechts.*



**STELLUNGNAHME DER VERWALTUNG:**

Die Verwaltung begrüßt die Initiative der SPD Fraktion, dass Angriffe auf die demokratischen Grundwerte unterbunden werden müssen. Der beantragte Zusatz zu den Mietbedingungen stellt dennoch lediglich eine deklaratorische Wiedergabe der Rechtslage dar. Es ist generell verboten verfassungs- oder gesetzeswidriges Gedankengut darzustellen und zu verbreiten.

Die Verwaltung sieht auch Probleme bei der Kontrolle und der tatsächlichen Durchsetzbarkeit der erweiterten Mietbedingungen.

Wenn ein Veranstalter eine politische Veranstaltung durchführt, und dabei Redner auftreten lässt, die gegen die genannten Bedingungen verstößt oder sogar strafgesetzlich bewehrte Inhalte z.B. volksverhetzende Behauptungen von sich gibt, so hat der Pflichtverstoß des Veranstalters, nämlich dieses nicht zu unterbinden ja keine weiteren (vertraglichen) Konsequenzen.

Die Verwaltung unterstützt dennoch die Erweiterung der Mietverträge für städtische Einrichtungen um den Paragraphen "Ausschluss des Angriffs auf die Menschenwürde" um klar zu machen, dass Schriesheim zu den demokratischen Grundwerten unserer Verfassung steht.

**Anlage(n):**

1. Antrag der SPD zur Vermietungen